

EU-Fördermittel-service des Europabüros der bayerischen Kommunen

Natalie Schweizer,
Leiterin des Europabüros der bayerischen
Kommunen und der Bürogemeinschaft

Seit 1992, d. h. fast einem Vierteljahrhundert, fungiert das Europabüro der bayerischen Kommunen als „Schnittstelle“ zwischen den EU-Institutionen und den vier bayerischen Kommunalen Spitzenverbänden bzw. deren Mitgliedern. Damals beschlossen diese vier Verbände sowie der Bayerische Kommunale Prüfungsverband zu einem Zeitpunkt als Interessenvertretung für Kommunen und Regionen noch relativ neu war, den Belangen der bayerischen Kommunen auf europäischer Ebene Geltung zu verleihen. Das Europabüro bündelt seine Kompetenzen im Rahmen einer Bürogemeinschaft mit den baden-württembergischen und sächsischen Kommunen seit den Jahren 1999 bzw. 2000. Sein Themenspektrum wurde mit der Entwicklung der EU stetig erweitert und vielfältiger. Neben dem Wettbewerbsrecht sind die Politikbereiche Finanzen, Umwelt, Verkehr, Energie, Digitales und Soziales immer



Natalie Schweizer

© EBBK

kommunalrelevanter geworden. Aktuell stehen unter anderem die Wahrung der kommunalen Daseinsvorsorgeleistungen und Selbstverwaltung (z. B. in den Freihandelsabkommen), die öffentliche Auftragsvergabe, die Bereitstellung digitaler öffentlicher Dienste, die Gewährung von Beihilfen sowie die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen im kommunalen Fokus.

Zu den Aufgaben des Europabüros zählt unter anderem die frühzeitige Information der Kommunalen Spitzenverbände Bayerns und ihrer Mitglieder über kommunalrelevante europäische Entwicklungen. Dies erfolgt vor allem durch die wöchentlich erscheinende Informationsschrift „Brüssel Aktuell“. Zudem empfängt das Europabüro gerne kommunale Besuchergruppen, vermittelt Gesprächskontakte und hält Vorträge zu aktuellen Themen. Des Weiteren setzt es sich, z. B. in Form von Positionspapieren, Abstimmungsempfehlungen und Konsultationsbeiträgen, aktiv für die Interessen der Kommunen Bayerns gegenüber den EU-Institutionen ein. So engagiert sich das Europabüro beispielsweise bereits jetzt im Rahmen der Interessenvertretung zur zukünftigen Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik nach dem Jahr 2020 und bringt bestehende Probleme und/oder Schwierigkeiten bei der Beantragung und/oder Abwicklung von EU-Förderprogrammen gerne in den Diskussionsprozess ein. Den Auftakt hierzu bot ein politisches Gespräch

am 20. September 2016 in Brüssel, in der die Kommunalen Spitzen- und Landesverbände Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsens mit verschiedenen Vertretern der EU-Kommission, dem Ausschuss der Regionen, der Bundesrepublik Deutschland und der Länder diskutierten.

Einen weiteren Schwerpunkt seiner Arbeit legt das Europabüro auf seinen EU-Fördermittel-service. Für Kommunen relevante EU-Förderprogramme sind zum einen die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) inkl. Interreg sowie die Fördertöpfe Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP). Diese werden vornehmlich gebietsbezogen aus sektoral ausgerichteten Fonds direkt von den regionalen bzw. nationalen Verwaltungsbehörden vergeben. Zum anderen können Kommunen über die sog. EU-Aktionsprogramme Fördergelder beantragen. EU-Aktionsprogramme sind thematisch nach Politikbereichen ausgerichtet, wie beispielsweise die EU-Städtepartnerschaftsförderung im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) oder die Förderung im Bereich Jugend, Bildung und Sport durch das Programm „Erasmus+“. Die Entscheidungen der Projektauswahl und damit der Mittelvergabe finden im Rahmen der EU-Aktionsprogramme meist direkt bei der Europäischen Kommission bzw. ihren Exekutivagenturen statt.

Den Mitgliedern der bayerischen Kommunalen Spitzenverbände steht neben allen heimischen und Brüsseler EU-Förderkontaktstellen das Europabüro als erste Anlaufstelle in Sachen EU-Förderung zur Verfügung. So bietet das Europabüro einen umfassenden

Beratungsservice zu EU-Fördermitteln für kommunale Projekte an. Kommunale Partner können dem Europabüro ihre Projektskizze bzw. Informationen über ein konkretes Vorhaben zusenden. Das Europabüro gibt Auskunft, ob bzw. welche EU-Förderprogramme in Betracht kommen könnten. Ferner informiert es im Rahmen von Aktionsprogrammen über den jeweiligen Antragsweg (Kontaktstellen, Ausschreibungs- und Bewerbungsdokumente, Fristen) und gibt ggf. praktische Tipps zur Antragstellung. Darüber hinaus bietet das Europabüro allgemeine Vorträge zu EU-Aktionsprogrammen an.

Eine Übersicht über die kommunalrelevanten europäischen Förderprogramme verschafft zudem das „EU-Fördermittelhandbuch für bayerische Kommunen“ des Europabüros. Dieses enthält vertiefte Hinweise einschließlich der jeweiligen Ansprechpartner/innen und weiterführenden Internetseiten. Das aktuelle Handbuch kann von Mitgliedern der bayerischen Kommunalen Spitzenverbände direkt beim Büro unter info@ebbk.de angefordert werden. Darüber hinaus hat „Brüssel Aktuell“ eine eigene Rubrik „EU-Fördermittelprogramme“. In dieser wird unter anderem über kommunalrelevante Förderaufrufe der EU-Kommission für Aktionsprogramme zeitnah berichtet. Mitglieder des Bayerischen Gemeindetags können „Brüssel Aktuell“ über das Gemeindetagsintranet abrufen.

Das Europabüro fungiert außerdem als Kontaktstelle bei der Suche nach

europäischen Partnern. Agiert eine Kommune als federführender Antragsteller („Lead Partner“) kann sie ihre Partnersuche über das Büro im Brüsseler Netzwerk verschicken lassen. Hierzu bittet das Europabüro, eine ca. einseitige Projektskizze in englischer Sprache an euinfo@ebbk.de zu senden. Ferner hat das Europabüro einen E-Mail-Verteiler für bayerische Kommunen eingerichtet, über den aktuelle Projektpartnersuchen europäischer Kommunen mit kurzer deutschsprachiger Anmerkung direkt weiter ver-

sendet werden. Der Verteiler wird derzeit überarbeitet bzw. aktualisiert. Bei Interesse bittet das Europabüro um (ggf. auch erneute) Anmeldung unter euinfo@ebbk.de, gerne mit einem Hinweis, an welchen Programmen und Partner ein besonderes Interesse besteht.

Zusammenfassend ist das Europabüro für die bayerischen Kommunalverbände bzw. deren Mitglieder die erste Ansprechstelle für alle kommunalrelevanten Fragen rund um die EU.



Gemeindetagsvizepräsident Josef Mend setzte sich am 20. September 2016 in Brüssel im Rahmen von politischen Gesprächen aus der Sicht des kommunalen Praktikers für eine Vereinfachung der Regelungen der EU-Förderinstrumente, insbesondere im Bereich des Vergabe- und Beihilferechts, ein. Unterstützt wurde er hierbei vom Geschäftsführenden Präsidialmitglied Dr. Franz Dirnberger sowie der Europareferentin Kerstin Stuber. Ein ausführlicher Bericht hierzu findet sich in der Ausgabe 35 von „Brüssel Aktuell“: Zukunft der Kohäsionspolitik: Diskussionsrunde mit Vertretern aller Ebenen

© EBBK